

stimmungsvolle Einleitung der Vorträge durch zwei-
stimmige Piederorträge und Deklamationen seitens der
Schülerinnen der Gesekta Sorge getragen.
Der weiße Regen will kein Ende nehmen. Am Sonntag-
abend schien es, als ob Tauwetter eintreten werde; aber in der
Nacht und gestern vormittag wirkten neue Schneeflocken her-
ab und bereiteten den Verkehr in den Straßen neue Schwierig-
keiten. Heute ist bei leichtem Frost klares Wetter eingetreten.
Der Schnee hat in unserem Stadtpark erheblichen Schaden ver-
ursacht. Die schlanken Birken im Wiesengrund vermochten die
Schneemassen nicht zu tragen; viele von ihnen sind abgebrochen,
andere liegen entwirrt am Boden; auch viele Tannenäste
sind abgebrochen. Während das Robeln im Gehölg wegen der
Höhe des Schnees nicht in Gang kommen will, benutzen die
Landleute der Umgegend diese willkommene Gelegenheit zu aus-
gedehnten Schlittenfahrten.

Verfassung sämmtlicher Kommunalverbände. Die Reichsbellei-
dungsstelle ist bekannt, daß eine Anzahl von Kommunalver-
bänden die Vorschriften über die Bestandsaufnahme der Gast-
hauswirtschaft nicht entsprochen hat. Die Reichsbelleidungsstelle
wird daher die Lieferung von Belleidungsstücken für die be-
dürftige Bevölkerung an diese Kommunalverbände bis auf wei-
teres einstellen und außerdem die übergeordneten Behörden er-
suchen, gegen die sämmtlichen Kommunalverbände einzuschreiten.

Die Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werte.
Unter dem Vorhild des Staatssekretärs des Kriegs- und Ernährungs-
amts v. Waldow fand eine Besprechung zwischen Vertretern
der zuständigen Zivil- und Militärbehörden und der Industrie
über die Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen
Werte statt. Die Vertreter der Industrie stimmten der Ansicht
des Staatssekretärs uneingeschränkt bei, daß die bisherige Praxis
eines großen Teiles der Betriebe zu einem Zusammenbruch un-
serer Ernährungswirtschaft führen müsse. Eine Kommission,
bestehend aus Vertretern der Behörden und der Industrie soll
die Grundzüge aufstellen, nach denen an Stelle der Sonder-
versorgung aus dem Schleichhandel eine Versorgung der indu-
striellen Arbeiterklasse auf legalen Wege zu treten hat, damit
deren Leistungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Allseitig war
man sich darin einig, daß die Vereinfachung der zur legalen
Versorgung notwendigen Lebensmittel die sofortige Unter-
drückung des Schleichhandels zur Voraussetzung hat. Eine Be-
sprechung mit Vertretern der Arbeiterklasse über die gleiche An-
gelegenheit wird in dieser Woche im Kriegs- und Ernährungsamt statt-
finden.

Das Landratswerk in Lübeck wird voraussichtlich im Laufe
dieser Woche wieder den vollen Betrieb aufnehmen können.

Stadttheater. „Wenn zwei Hochzeit machen“ nennt sich
die Posse mit Gesang — eine Operette, wie der Theaterzettel
entzündete, ist es nicht —, die am Sonntag in dem hiesigen
Stadttheater vor mäßig besetztem Saale in Szene ging. Die
Bühnenposse von Hermann Bernauer, Schöngauer und Co., die als
Autor zeichnet, hat sich in dem Stück die Aufgabe gestellt,
aus nichts etwas zu machen nebst einer Arie, in unserer
gegenwärtigen Zeit der Streckung von Lebensmitteln eine
Handlung so zu strecken, daß zum Schluß so gut wie nichts mehr
an Handlung übrigbleibt. In diesem Bestreben entstand ihr
Kabarett „Wenn zwei Hochzeit machen“. An die Stelle
der Handlung tritt hier der theatralische Akt um jeden Preis,
mit dem man schließlich das Publikum wohl zwei Stunden
lang unterhalten kann, jedoch nur unter der Voraussetzung,
daß die Akteure über den nötigen Muttersinn verfügen. Davon
war leider gestern wenig oder gar nichts zu spüren. Es
war mehr eine „Arme Leute-Hochzeit“, ohne jeden festlichen
Glanz. Was an ältesten Wiken und blutigen Kalamitern ver-
zapft wurde, konnte kaum die Lachmuskeln naber Leuten
reizen. Spiel und Aufmachung ließen manchen Wunsch offen.
Dora Straube, Else Niden, Volte Niden und Willy Tholen
suchten mit Geschick zu retten, was zu retten war, alles an-
dere war ein Verfall. Das Leben der Boheme will anders
gezeichnet sein, als wie es die Herren Krieger, Krieten und
Krieten uns vorzuführen suchten. Die dazugehörige Musik war
schlecht, aber auch die Komponisten haben ihre musikalischen
Gedanken, die sie früher einmal hatten, nach Möglichkeit ge-
streut. Man begegnete zu viel bekannten Melodien, denen
der Reiz der Neuheit fehlt. Freilich, die Menge prüft das
nicht so genau. Sie frohlockt, wenn sie mitsummen und mit-
brummen kann, und das tat sie gestern in mehr als wünschens-
wertem Maße. Ein recht zweifelhafter Erfolg.

Dörsenwälder, 14. Jan. Wegen der verschneiten und stark
verfrorenen Wege und Straßen ist seit einigen Wochen die Ge-
mütszufuhr nach Hamburg fast völlig unterbrochen. Norder-
dors- und Gose-Elbe sind Eises halber gesperrt und der Ewer-
verkehr aus der Hamburger Marsch zur Stadt ruht auf diesen
Wasserstraßen seit längerer Zeit vollständig. Die preussischen
Eisbrecher haben die Eisbede in der Süderelbe und im Haupt-
strom oberhalb der Meerwälder Spitze aufgedrückt, so kann
auf dem Umwege längs der Süderelbe der Verkehr vom oberen
Dörsenwälder durch den Homan-Damm „Gemanita“ aufrecht
erhalten werden. Auch die Gemütszufuhr der Süderelbe
werden auf diesem Wege zum Hamburger Markt geschleppt.
Zwei preussische Eisbrecher halten am Freitagabend im schweren
und unstilligen Schneesturm das Pech, bei hohem Wasserstand
auf das Dörsenwälder Vorland zu geraten. Da inzwischen
das Wasser bedeutend gefallen ist, so wird die Abbringung
dieser Eisbrecher mit großen Schwierigkeiten verbunden sein.
Am Freitagabend und nachmittags hatten wir hier die seltsame
Naturerscheinung eines Wintergewitters über Schnee und Eis,
grelle Blitze und starken Donner.

Savighorff, 13. Jan. Wegen des tiefen Schnees mußte die
Süd-Strombahn Kreisbahn am Freitagabend ihren Betrieb
bis auf weiteres einstellen.

Graban, 13. Jan. Hartnäckige Eubrecher waren in der
Sonntagnacht am Werk, um bei dem Lehrer Aue einzubringen.
Dawohl sie am Sonntagabend an ihrem Einbruchversuch
gehindert wurden, kehrten sie in der Nacht wieder zurück, um
ihre Ziel zu erreichen. Nachdem sie drei Schlösser zerbrochen
hatten, ohne eindringen zu können, wurden sie durch den wach-
geordneten Verfall endgültig verjagt.

Kufstein, 13. Jan. Einen empfindlichen Verlust erlitt
an hiesiger Landmann, dem während der Nacht fünf Schinken
aus der Rauchkammer gestohlen wurden. Die Eubrecher konn-
ten im Schutze der Dunkelheit unentdeckt entkommen.

Hamburg, 14. Januar.
Zur Eröffnung der Alsterbahn. Mit der Betriebsöff-
nung der Alsterbahn, die morgen vollzogen werden soll, geht
ein längerer Wunsch der Hamburger Bevölkerung in Er-
füllung. Freilich gestalten die Verhältnisse es nicht, den
Betrieb in seiner ganzen Ausdehnung herzustellen. Es ist da-
her zunächst ein Probebetrieb zwischen Ohlsdorf und Poppen-
büttel vorgesehen. In den nächsten Tagen wird vorerst nur sechs
Züge täglich aufgenommen werden. Für das Frühjahr plant
man jedoch, weitere drei Züge in den Verkehr zu stellen.

Lübeck, 13. Jan. Die Lübecker Handelskammer hatte an die
in Berlin weilenden sinnischen Staatsbenvollmächtigten ein
Gladwunschtelegramm für die Republik Jugland gesandt.
Darauf ist der Handelskammer vom Bevollmächtigten Jell
folgende Antwort zugegangen: Danken für Gladwünsche und
wertvolle Hilfe zur Erreichung des gewonnenen Zieles. Im
freien Finnland werden alle Lübecker Beziehungen bald wieder
zu Ehren kommen und sich sicherlich stark entwickeln.

Neustadt i. S., 13. Jan. Der Schlosser Scheffler, der auf
einem benachbarten Gutshof ein mit Braunschweiger Würst
befrichenes Frühstücksbrot zu essen bekam, ist nach schweren
Vergiftungserscheinungen gestorben.

Neumünster, 13. Jan. Zu einer hier abgehaltenen Ver-
sammlung erfolgte die Ueberleitung der rund 600 Mitglieder
starken Ortsgruppe des „Unabhängigen Ausschusses für einen
deutschen Frieden“ zur Vaterlandspartei, deren Ortsgruppe sich
darauf neu konstituierte. Den Vorsitz übernahm der Direktor
des hiesigen Hygeums Dr. Erb.

Briefkasten.

N. N. 27. Ueber die gestellten Fragen gibt Ihnen die Schlich-
tungsstelle für Mietangelegenheiten im Stadthaus, Zimmer 8, die
gewünschte Auskunft.

Rechte Telegramme.

Die Brest-Litowsker Sonderberatungen über die besetzten Gebiete.

Brest-Litowsk, 13. Jan. Die am 11. Januar konstituierte
deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Be-
ratung der territorialen Fragen hielt am 11. Januar und
12. Januar drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf
nahmen: Nach der kurzen einleitenden Diskussion über formale
Fragen der Beratungen wurde zunächst festgestellt, daß an der
ersten Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Be-
endigung des Kriegszustandes zwischen den kriegsführenden
Teilen ausgesprochen werden solle, dagegen lehnte es
Trojki anschießend hieran ab, auszusprechen, daß
die vertragsschließenden Teile entschlossen
seien, fortan in Frieden und Freundschaft
zu leben. Trojki fand, daß dies eine dekorative Phrase sei,
die nicht den Sinn der Beziehungen kennzeichne, welche zu-
künftig zwischen dem russischen und dem deutschen Volk und bei-
den Völkern Österreich-Ungarns bestehen würden. Er hoffe,
daß ganz andere Dinge die Beziehungen
zwischen den Völkern beeinflussen würden.
Nach der Diskussion über diesen Punkt wurde beschlossen, auf
den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurück-
zukommen. Im weiteren Verlaufe der Besprechungen wurde
festgestellt, daß Einvernehmen darüber herrsche,

die Nämung der von beiden kriegsführenden Parteien be-
setzten Gebiete prinzipiell auf der Grundlage der
vollen Gegenseitigkeit zu stellen derart, daß die Nämung
der besetzten russischen Gebiete an die Nämung der
von Russland besetzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei
und Persiens zu knüpfen sei. In einem späteren Stadium der
Verhandlungen wurde Persien aus diesem Zusammenhange ge-
strichen, da es nicht ein kriegsführender Teil sei.

Trojki schlug vor, am Schluß einen Satz einzufügen: Rus-
land verpflichtet sich, in möglichst schneller Zeit seine Truppen aus
den Gebieten des besetzten neutralen Persiens herauszuführen und
fügte hinzu, daß es keinen anderen Grund zu dieser geplanten Neu-
derung habe, als den Wunsch das schreiende Unrecht, zu betonen,
das von der früheren russischen Regierung gegenüber einem neu-
tralen Lande begangen wurde.

Hierzu bemerkte Staatssekretär von Kühlmann, er be-
grüße diese Erklärung umso mehr, als auf Seite der Zentralmächte
für das alte Kulturvolk ferner die allerheftigsten Sympathien
beständen, und daß wir nichts mehr wünschten, als daß die Per-
sien in Zukunft frei von Unterdrückung ihre nationale Kultur pfle-
gen könnten.

Es kam sodann die Frage zur Besprechung, in welchem
Zeitpunkte die Nämung der besetzten Gebiete zu erfolgen
haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Nämung
an einen Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach dem
Friedensschluß Russland seine Streitkräfte
demobilisiert haben würde. Die Nämung der be-
setzten Gebiete an die erfolgte Demobilisation der russischen Streit-
kräfte zu binden, sei deshalb notwendig, weil die Gefahr vorliegt,
daß Russland, bevor es seine Streitkräfte demobilisiert, infolge der
Veränderungen in seinem Regierungssystem und seinen Absichten
jederzeit in der Lage wäre, wieder Offensiv-Operationen durchzu-
führen.

Trojki sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Nämung
der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlaufe der beiderseitigen
Demobilisierung durchzuführen, worüber nähere Vereinbarungen
zu treffen wären.

Nach einem Hinweis von Kühlmanns darauf, daß nach
dem russischen Vorschlag die Nämung der besetzten Ge-
biete sich bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens heraus-
ziehen müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen.
Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche
besetzten Gebiete sich die Nämung zu erstrecken
habe.

Es wurde hierzu ausgeführt, die Nämung erstreckt sich nur
auf diejenigen besetzten Gebiete, welche noch Teile
des Staatsgebietes derjenigen Macht sind, mit der der Friede ge-
schlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens
nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie
sich nicht.

Es würde also in eine Untersuchung einzutreten sein, ob und
welche Teile des ehemaligen russischen Gebietes bei Eintritt des
Friedens noch als zum russischen Gebiete gehörig betrachtet wer-
den können. Die russische Regierung hat entsprechend ihren Grund-
sätzen für alle in Russland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis
zu ihrer völligen Absonderung gebendes Selbstbestimmungsrecht
proklamiert. Wir behaupten, daß in der Ausübung dieses Selbst-
bestimmungsrechtes in einem Teile der von uns besetzten Gebiete
die zur Vertretung der betreffenden Völker bevollmächtigten Ab-
perschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung
von Russland derart ausgeübt haben, daß nach unserer Auffassung
diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in seinem
ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden können.

Hierauf erklärte Trojki: Wir halten unsere Erklärung im
vollen Umfange aufrecht, daß Völkern, die das russische Ge-
biet bevölkern, ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestim-
mung haben und zwar bis zur Austragung von Russland. Wir
kennen jedoch die Anwendung dieses Prinzips nicht anders an-
erkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegen-
über gewissen privilegierten Teilen desselben. Wir müssen die
Auffassung des Vorliegenden der deutschen De-

legation ablehnen, die dahin geht, daß sich der Wille in
den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe
äußert, denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe könnten sich
nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelte
sich eine lange, hauptsächlich in theoretischem Rahmen geführte Er-
örterung über die Frage, unter welchen Voraussetzungen und in
welchem Zeitpunkt ein neuer Staat im Wege der Absonderung der
Bestandteile eines existierenden Staates von diesem entsteht.

Das Ergebnis der beiderseitigen Aus-
führungen über diesen Punkt wurde vom Staatssekretär
v. Kühlmann folgendermaßen zusammengefaßt: Trojki schlug
die Errichtung von Vertretungsorganen vor, denen die Organi-
sation und Festsetzung derjenigen Modalitäten übertragen wer-
den soll, unter denen von uns die einflussreichen rein theoretisch
songebildeten Volksabstimmungen oder Volksstimmgebungen auf
breiterer Basis erfolgen sollen, während wir auf dem Stand-
punkt stehen und stehen bleiben müssen, daß mangels anderer
Vertretungsorganen präsumtiv der Ausdruck des Volkswillens
sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der
Nation, eine Nation zu sein.

Nach der sich hieran anschließenden Debatte über den Cha-
rakter und die Bedeutung der in den besetzten Gebieten fun-
gierenden Volksvertretungsorganen stellte v. Kühlmann fest,
daß sich aus den Ausführungen Trojki zu ergeben scheine, er
wäre bereit, die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe
der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen,
wenn diese Landesstelle nicht militärisch besetzt wären. Er
würde diesen dann auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm
geforderte Referendum durchzuführen.

Trojki erklärte hierauf, daß die Äußerungen von Land-
tagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Äußerungen des
Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung
aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zu der Annahme
bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position
unzufrieden sei.

Die Beratungen in Berlin.

Berlin, 14. Jan. Im „V. T.“ heißt es: Am Montag-
nachmittag wird voraussichtlich der Kanzler den Reichstags-
parteien über den Inhalt des Ergebnisses der Beratungen Mit-
teilungen machen. Wie das Blatt weiter erzählt, sei auch der
deutsche Gesandte in Haag, Roosen, in Berlin eingetroffen;
desgleichen sei auch der Botschafter Bernstorff nach Berlin be-
rufen worden.

Eine Wendung in der polnischen Frage?

Berlin, 14. Jan. Verschiedene Blätter wollen wissen,
daß in der polnischen Frage eine neue Wendung eingetreten sei.
Nach einer Warschauer Meldung haben die russischen Delegierten
für Brest-Litowsk, Joffe, Kamenow und Tolon an der Feier
der Warschauer Volksewigkeit teilgenommen.

Rücktritt Valentini.

Berlin, 14. Jan. Die „Berl. Morgenpost“ hat mit größ-
ter Bestimmtheit versichert, daß der Chef des Zivil-
kabinetts Valentini nunmehr endgültig zurücktreten werde.

Ankunft deutscher Austauschgefangener in Holland.

Rotterdam, 14. Jan. Heute vormittag erfolgte die Aus-
scheidung der im Austausch gegen englische Kriegsgefangene
gestern abend aus England eingetroffenen deutschen Offiziere
und Mannschaften. Die niederländische Regierung war durch
den Minister des Äußeren vertreten. Nachmittags fand im
vollen Saal zu Ehren der Zurückgeführten ein Empfang statt.
Von deutscher Seite waren z. B. zur Begrüßung erschienen:
Geschäftsträger bei der deutschen Gesandtschaft Legationsrat
von Meßgen in Vertretung des deutschen Gesandten, als Abgesandte
des Roten Kreuzes Hr. v. Bester und Grensin Hertlitz sowie
zahlreiche Herren und Damen der deutsch-holländischen Ge-
sellschaft. Legationsrat v. Meßgen begrüßte die deutschen Offi-
ziere und Mannschaften und dankte ihnen für das, was sie für
Deutschland im Kampf und während der Gefangenschaft ge-
leistet und ertragen hätten. Sein besonderer Dank galt dem
Kapitänleutnant von Müller, dem ruhmvollen
Führer der „Emden“. Er sprach ferner den Dank der
deutschen Regierung an die niederländische Regierung für ihre
Gastfreundschaft aus. Seine Worte klangen aus in ein Hurra
für die Königin der Niederlande. Hauptmann v. Scheven be-
grüßte im Auftrag der deutschen Kaiserin herzlich die aus der
Gefangenschaft Zurückgekehrten und verlas sodann ein Tele-
gramm des Kaisers. Er schloß seine Rede mit ein Hurra auf
den Kaiser. Generalmajor Druen begrüßte die internierten
Offiziere und Mannschaften im Auftrag der niederländischen
Regierung, wobei er die Hoffnung ausdrückte, daß sich ihnen
der Aufenthalt in Holland in der Nähe der deutschen Heimat
angenehm gestalten werde. Der Bürgermeister von Rotterdam,
Zimmermann, sagte in seiner Begrüßungsansprache, daß die
Gastfreundschaft der niederländischen Regierung die Härten des
Krieges mildern wolle. Die Stadt Rotterdam und das nieder-
ländische Volk wolle die niederländische Regierung in diesem
Bestreben unterstützen, um den Internierten den Aufenthalt in
Holland angenehm zu machen und ihnen zu helfen. Es sei ein
Bürgerrechtsausschuß gebildet worden. Die Stadt Rotterdam
habe ein Grundstück zum Bau von Werkstätten unentgeltlich
zur Verfügung gestellt. Das niederländische Volk werde den
Herren, deren Ruhm die Welt erfüllt, eine herrliche Aufnahme
bereiten. Die Rede des Bürgermeisters klang aus in dem
Wunsch, daß die Internierten bald in die Heimat zurückkehren
könnten. Im Namen der deutschen Offiziere und Mannschaften
sprach Kapitänleutnant v. Müller, der von den Anwesenden
freudig begrüßt wurde, der niederländischen Regierung, der
Stadt Rotterdam und dem niederländischen Volk seinen Dank
für den herrlichen Empfang und das gastfreundliche Verhalten
aus. Die Abkehr aus der Gefangenschaft bedeute den Anfang
eines neuen Lebensabschnittes und böte die Gelegenheit, sich in
dem früheren Beruf wieder zu betätigen oder sich auf ihn vorzu-
bereiten. Der Empfang schloß mit einem gefälligen Beisammen-
sein.

Neubildung des französischen Kabinetts.

Paris, 14. Januar. Die Umbildung des französischen
Kabinetts gilt, wie verschiedene Blätter meinen, als wahr-
scheinlich, doch erst nach der neuen Kammerauswahl über
die Werbearbeit der Konservativen an und hinter der Front.

Aussicht für die Witterung am 15. Januar.

Leichter Frost; wolfig; keine oder geringe Niederschläge.
Verantwortlich für die Politik und den allgemeinen Teil
Arthur Derruth, für Kommunales und Tagesbericht
W. Bauer, für den Angelegenheit H. Wagner, sämtlich im
Vergedorf.